

# Potsdams] andere [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Mai 2007

Nr. 5 · 3. Jahrgang

## Links informiert

**3** Mindestlohn jetzt!  
1. Mai 2007

## Potsdam-Mitte

**5/7** Theaterschiff, Freundschafts-  
insel und Potsdam-Museum

## Forum

**8/9** Quo vadis Linke?  
Pro und contra Gysi-Vortrag

## Potsdam-Museum sucht neues Domizil

Das Museum platzt in der Benkertstraße (Foto) quasi aus allen Nähten. Im Jahre 2009 wird die Einrichtung ganze 100 Jahre alt. Gründe genug für die Landeshauptstadt nach einem neuen, künftigen Sitz des Hauses zu suchen. Das Fachhochschulgebäude am Alten Markt wurde bereits abgeschmettert. Begründung: Die Fassade passe nicht zum Museums-Ambiente. So argumentiert auch der betreffende Förderverein (siehe „PaS“, April 07/S.11). Weiter in der Prüfung sind deshalb das Alte Rathaus sowie das Brocksche Haus Am Kanal. Gleichzeitig steht ein Konzept für das neue Museum noch aus. Diese und andere Fragen im Zusammenhang mit der Standortsuche behandelt Dr. Karin Schröter auf der SEITE 7 in dieser Ausgabe.



## Auf ein Wort...



**Du hast mehr verdient!  
Mehr Respekt.  
Soziale Sicherung.  
Gute Arbeit.**

Dies ist das Motto der DGB-Gewerkschaften zum 01. Mai 2007. Die Wirtschaft boomt, der Arbeitsmarkt kommt dagegen nur langsam in Bewegung. Die Arbeitnehmer haben diesen Aufschwung hart erarbeitet. Es ist endlich an der Zeit, dass wir unseren Anteil einfordern und erhalten. Die Menschen in unserem Land wollen deutlich und nachhaltig am Aufschwung teilhaben. Die Politik der Lohnzurückhaltung und des Gehaltsverzichts muss aufgegeben werden. Die Löhne und Gehälter müssen spürbar steigen. In Zeiten in denen die Wirtschaft boomt, die Unternehmensgewinne explodieren, die Einkommen der Manager in absurde Höhen steigen und seitens der Bundesregierung den Arbeitgebern mit der neuen Unternehmenssteuerreform weitere milliarden schwere Geschenke versprochen werden, kann und darf es nicht sein, dass den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern immer neue Belastungen aufgebürdet und zugemutet werden. Doch das Motto lässt sich nicht auf die Teilhabe am materiellen Erfolg unserer

(Fortsetzung auf SEITE 2)

## 1. Mai 2007 in Potsdam

- 10 Uhr** Demonstrationzug vom Platz der Einheit zum Luisenplatz  
**11 Uhr** Kundgebung am Luisenplatz  
**12 Uhr** Familienfest u.a. mit
- „5-Sterne-Band“ - Balladen, Rock, Funk, Soul
  - Kabarett „Friedrich der I. und sein Müller“
  - Magdalena Schrod, Piano und Gesang
  - Auftakt Volksinitiative für ein Sozialticket in Brandenburg

## Talks mit Gästen:

- 12.30 Uhr** **Mindestlohn** mit Claus Matecki (DGB), Andrea Wicklein (SPD), Kerstin Kaiser (Linkspartei.PDS)  
**13.00 Uhr** Rainer Speer (SPD) und Hans-Jürgen Scharfenberg (Linkspartei.PDS) in Vorbereitung (Tagespresse beachten)  
**13.30 Uhr** Anita Tack (Linkspartei.PDS) im Gespräch mit dem Kubanischen Autor Leonel Fuentes  
**14.00 Uhr** **Entwicklung der Region Berlin-Brandenburg** mit Harald Wolf, Wirtschaftsminister Berlin (Linkspartei.PDS), Dr. Jens Klocksinn, MdL (SPD), Detlef Baer (DGB) in Vorbereitung (Tagespresse beachten)  
**15.00 Uhr**  
**16.00 Uhr** Ende

Veranstalter: DGB, Linkspartei.PDS, SPD

## aktuell notiert

**Jugendverband:** Wichtige Schritte bei der Herausbildung der neuen Linken werden die Gründung des gemeinsamen Jugendverbandes (vom 18. bis zum 20. Mai 2007 in Berlin) und des Hochschulverbandes der Partei (vom 4. bis zum 6. Mai 2007 in Frankfurt/Main) sein. Als erstes Land hat Brandenburg bereits am 14./15. April 2007 seinen linken Jugendverband gegründet (siehe Seite 2).  
**EUROCAMP 2007 der europäischen Linken vom 17. – 20. Mai 2007 in Lazne Belohrad (CZ):** Das 15. Treffen der Linken aus Frankreich, Deutschland, Tschechien, Polen und der Slowakei steht unter dem Thema: „Die Zusammenarbeit mit Euch ist uns wichtig!“ In Vorbereitung auf den 2. Kongress der Europäischen Linkspartei im November 2007 in Prag ist dieses Treffen von besonderer Bedeutung. Anmeldungen: Sabine Lichtwald, 03042 Cottbus, Lindenplatz 22. Tel: 0355 – 821237 / email: sabelichtwald@web.de

(Fortsetzung von SEITE 1)

Ökonomie begrenzen. Mehr Respekt, soziale Sicherheit und gute Arbeit für alle Menschen in unserer Gesellschaft sind elementare Voraussetzungen und Ergebnis eines funktionierenden Gemeinwesens, sind zugleich wesentliche Kriterien für seinen Erfolg und ein Gradmesser für seine Existenzberechtigung. In einer sich dramatisch verändernden Gesellschaft kommen dabei der Bildung und Ausbildung der Menschen Schlüsselfunktionen

zu. Chancengleichheit, Teilhabe an der gesellschaftlichen Entwicklung, Partizipation an den Entscheidungen, Integration in den Arbeitsmarkt und soziale Sicherheit für alle Menschen basieren auf einer guten Bildung. Das Recht auf eine gute Bildung für alle wird zur zentralen Herausforderung für unsere Gesellschaft und ist zugleich der Schlüssel für eine erfolgreiche soziale, demokratische, ökonomische und ökologische Entwicklung in unserem Land.

Das Recht auf eine gute Bildung und Aus-

bildung, das Recht auf individuelle Förderung und das Recht auf lebensbegleitendes Lernen für alle sind zukünftig wichtige Voraussetzungen für den Erhalt, die Sicherung und Durchsetzung der unverzichtbaren sozialen Sicherheit und die positive Entwicklung unserer Gesellschaft. Dies schließt für mich auch den Respekt und die Anerkennung der Leistungen der Pädagoginnen und Pädagogen in den Kindertageseinrichtungen, Schulen, beruflichen Schulen, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen ein.

1. Mai 2007 – mehr als nur eine Gelegenheit für die Gewerkschaften, deutlich zu machen, wofür wir gemeinsam einstehen und kämpfen: Solidarität, Demokratie, Chancengleichheit, Arbeit für alle und gleichberechtigte Teilhabe aller an den ökonomischen Erträgen in unserer Gesellschaft. Stellen wir klar: Ökonomischer Erfolg ist kein Selbstzweck oder ein Mittel zur Vermehrung des Reichtums für wenige! Nicht der Mensch dient der Ökonomie, sondern die Ökonomie muss den Menschen dienen! *Günther Fuchs, GEW*

## Neuer Jugendverband gegründet

Am 14./15. April wurde bereits für Brandenburg der neue Jugendverband der Linken im Land Brandenburg gegründet. Katharina Dahme und Steffen Kühne sind SprecherInnen. Wir stellten Beiden folgende Fragen:

### Was bedeutet die Gründung des gemeinsamen Verbandes in Brandenburg?

**Katja:** Die Gründung des neuen Jugendverbandes weckt in mir vor allem die Hoffnung, dass wir in Zukunft zwei erfolgreiche Konzepte der Jugendarbeit in und bei der Partei zusammenführen können. Wir wollen zum Einen in der Linkspartei wirken, aber auch außerparlamentarische Jugendbewegung sein und die bisherige Bündnisarbeit mit PartnerInnen aus den sozialen Bewegungen stärken.

**Steffen:** Eine starke Linke entsteht nicht in Programmdebatten oder Strömungspapieren, sondern muss sich daran messen lassen, was sie konkret und greifbar auf die Beine stellt. Wir haben die Formalia in Brandenburg nun abgehakt und können uns, gestärkt und alle um neue MitstreiterInnen reicher, den Aufgaben widmen, die für die kommende Zeit vor uns liegen. Als Jugendnetzwerk mit Raum für verschiedene Vorstellungen und Identitäten hoffen wir auf viele neue Gruppen!

### Was wünschst Du Dir ganz persönlich vom neuen Jugendverband?

**Katja:** Mein Wunsch ist, dass alle jungen Menschen der bisherigen Strukturen im neuen Jugendverband gemeinsam statt gegeneinander kämpfen. Die unterschiedlichen Ansätze der Akteure sollten als das gesehen werden, was sie sind: ein Gewinn für alle Beteiligten und eine Chance für einen zukünftig noch stärkeren sozialistischen Jugendverband in Brandenburg.

**Steffen:** Eigentlich alles. Die müde Unzufriedenheit vieler Menschen muss endlich in die Bahnen von politischem Widerstand und neuem Selbstvertrauen gelenkt werden. Alternativen fallen schließlich nicht vom Himmel, sondern entstehen durch gesellschaftlichen Druck, den wir erzeugen müssen. Als junge Menschen, die noch einige Jahre auf dieser Erde vor sich haben, werden wir von der Forderung nach einer lebenswerten Zukunft für alle deswegen nicht ablassen.

### IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“  
Die Linke ◀ Monatszeitung für die  
Landeshauptstadt.

**HERAUSGEBER:** Kreisvorstand der  
Linkspartei.PDS, Potsdam: **Pete  
Heuer**, Vorsitzender. Alleestr.3,  
14469 Potsdam. **VERLAG:** petit  
edition Potsdam – Verlag und Media-  
consult: **Norbert Fiebelkorn**, Verle-  
ger: Friedrich-Ebert-Straße 38,  
14469 Potsdam (Verlag und Redak-  
tionen) **Bernd Martin**, Chefredak-  
teur (V.i.S.d.P.); Redaktionssekretari-  
at; Tel.: 0331/ 23 78 49-0; Fax: -9;  
email: pas.redaktion@gmx.net;

**ANZEIGEN:** Sekretariat.

**BANKVERBINDUNG:** Deutsche Bank  
Berlin Kto-Nr. 0311654; BLZ: 100  
700 00

**DRUCK:** OSSI-Druck Brandenburg.  
„PaS“ erscheint monatlich für  
12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch  
auszugsweise, nur mit schriftlicher  
Genehmigung der Redaktion. Veröf-  
fentlichungen, die nicht ausdrücklich  
als Stellungnahme des Kreisvorstan-  
des und/oder der Redaktion gekenn-  
zeichnet sind, stellen die persönliche  
Meinung des/der AutorIn dar. Für un-  
verlangt eingesandte Manuskripte  
bzw. Fotos kann keine Haftung über-  
nommen werden. Für die Veröffentli-  
chung von Leserpost behält sich die  
Redaktion das Recht sinnwahrer  
Kürzungen vor.

**BILDAUTOREN:** Redaktion, Archiv

## Mobilität für alle

### Volksinitiative für ein Sozialticket in Brandenburg startet am 1. Mai 2007

Gemeinsam mit dem Arbeitslosenverband Brandenburg e.V., dem DGB Bezirk Berlin-Brandenburg, dem ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg, der Grünen Liga Brandenburg e.V. und der WASG Brandenburg organisiert die Linkspartei.PDS Brandenburg eine Volksinitiative für ein Sozialticket in Brandenburg.

Wir fordern von der Brandenburger Landesregierung die Einführung eines Sozialtickets ab 2008. Durch die Linkspartei.PDS-Fraktion im Landtag Brandenburg wurden alle möglichen parlamentarischen Instrumente im Jahr 2006 für die Einführung eines Sozialtickets ausgeschöpft. Die Fraktionen der SPD und CDU im Landtag haben alle unsere Vorschläge abgelehnt.

Ein Sozialticket in Brandenburg kann für viele Menschen Mobilität sichern und Ausgrenzung verhindern. Zur Deckung der Mobilitätskosten reicht zum Beispiel der Regelsatz des Arbeitslosengeldes bei weitem nicht aus. Im Flächenland Brandenburg sind für viele Bürgerinnen und Bürger öffentliche Mobilitätsangebote zur beruflichen Neuorientierung und zur Teilnahme am beruflichen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben notwendig. Deshalb fordern wir die Einführung eines Sozialtickets in Brandenburg. Mit einem Sozialticket auch in Brandenburg würden im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) gleiche Bedingungen hergestellt, denn in Berlin gibt es das Sozialticket bereits seit längerem. Nach offiziellen Berechnungen wären für ein Sozialticket in

Brandenburg jährlich ca. 5 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt bereit zu stellen. Dieser Betrag ist aus dem Haushalt des Verkehrsministeriums zu finanzieren. Die Linkspartei.PDS-Fraktion hat dafür die nötigen Finanzierungsvorschläge unterbreitet.

Die Landesregierung soll mit der Volksinitiative aufgefordert werden, ab dem kommenden Jahr das Sozialticket in Brandenburg einzuführen. Das Ticket soll für eine Gebietskörperschaft (Landkreis oder kreisfreie Stadt) gelten. Ticketberechtigigt sollen die Menschen sein, die Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld (SGB II), Grundversicherung im Alter oder Sozialhilfe (SGB XII) beziehen, und deren Bedarfsgemeinschaften sowie Menschen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten. Der Preis des Sozialtickets soll 50% der jeweiligen VBB-Umweltkarte nicht überschreiten.

Wir brauchen 20 Tausend Unterschriften, damit sich der Landtag mit dem Anliegen der Volksinitiative erneut befassen muss. Nutzen wir die Chance für mehr soziale Gerechtigkeit in Brandenburg und geben unsere Unterschrift für die Volksinitiative für ein Sozialticket in Brandenburg. Unterschriftenlisten sind in der Landesgeschäftsstelle und beim Kreisverband der Linkspartei.PDS Potsdam in der Alleestraße 3 zu erhalten.

Weitere Infos und Unterschriftenlisten unter: [anita.tack@lt-dielinke-fraktion.brandenburg.de](mailto:anita.tack@lt-dielinke-fraktion.brandenburg.de) bzw. unter Tel.: 966 1510.

**Dach & Wand Ltd.** bietet an:  
**z.B. 100 m<sup>2</sup> Dach**  
(Incl. Abriss, Entsorgung, Folie, Lattung, Tonpfanne naturrot)  
**nur 4.980,-€ oder für nur 54,-€\* im Monat**  
\*100% Auszahlung, effektiver Jahreszins 4,28%

- Fassadenbau mit innovativen Lösungen für feuchte Außenwände
- Flachdachsysteme
- Innenausbau/Komplettlösungen

**Schnell handeln lohnt sich!**

Hohendorfer Straße 11, 39218 Schönebeck, Tel.: 0391 5639547

## Verdienst- möglichkeit

Wir suchen für  
„Potsdams andere Seiten“  
(Potsdam) und

„Märkische Gärtnerpost“  
(Kreise Potsdam, Potsdam-Mittelmark und  
Teltow Fläming)

## Medienberater/ Anzeigenverkäufer

auf günstiger Provisionsbasis. Interessenten  
melden sich bitte dienstags oder  
donnerstags in unserer Redaktion unter  
0331/23 78 49-0.

# Gesetzlicher Mindestlohn als Wirtschaftsmotor

## Mindestlohn einführen oder sittenwidrige Löhne verbieten?

Kürzlich starteten der DGB und die SPD eine Kampagne für die bundesweite Einführung eines Mindestlohns von 7,50 Euro. Für die SPD war das keine leichte Entscheidung, denn der Koalitionspartner CDU im Bund spricht sich wie die FDP klar dagegen aus. So sucht man immer wieder Wege, ein klares Bekenntnis im Bundestag hinauszuzögern – wie mit dem Vorschlag von Bundesarbeitsminister Müntefering (SPD), sittenwidrige Löhne bis zu 30 Prozent unterhalb der tariflichen bzw. ortsüblichen Lohnhöhe zu verbieten. Die Sittenwidrigkeit begänne danach laut Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts zum Beispiel im Friseurhandwerk Sachsen unterhalb von 2,14 Euro, im Bewachungsgewerbe Berlin bei 3,60 Euro, im privaten Transport und Verkehr Sachsen-Anhalt bei 3,82 Euro oder in der Floristik West bei 4,16 Euro.

„Zur Bekämpfung von sittenwidrigen Löhnen und zur Begrenzung des Niedriglohnssektors insgesamt ist ein verbindlicher Mindestlohn erforderlich, der bei Vollzeitbeschäftigten eine eigenständige Existenzsicherung ermöglicht“, schlussfolgert Archivar Dr. Reinhard Bispinck vom Institut Arbeit und Technik im Wissenschaftszentrum NRW. Ein Blick auf die westeuropäischen Nachbarländer zeige, dass dort die gesetzlichen Mindestlöhne zurzeit zwischen acht und neun Euro pro Stunde liegen.

Doch selbst die Gewerkschaften stehen nicht uneingeschränkt hinter der Kampagne, untergräbt ein gesetzlicher Mindestlohn doch auch ihre Rolle als Arbeitnehmervertretung in Tarifverhandlungen. Bisher konnten Gewerkschaften und Unternehmen in Tarifverhandlungen Mindestentgelte für unterschiedliche Branchen aushandeln.

## Wahlversprechen, Bekenntnisse und „wirkliches Leben“

Linkspartei und Bündnis 90/Die Grünen forderten schon im Bundestagswahlkampf 2005 einen gesetzlich garantierten Mindestlohn. Im reichen Deutschland sollten Menschen, die den ganzen Tag arbeiten, sich und ihre Familien vom erarbeiteten Lohn ernähren können. Immerhin 20 von 25 EU-Ländern und selbst die USA praktizieren Mindestlöhne mit Erfolg.

Nach einem Vergleich der arbeitsmarktpolitischen Aussagen 2005 durch den DGB verlangte die Linkspartei einen Mindestlohn von 1.400 Euro monatlich, die Grünen versprachen ihre Unterstützung für Mindestlöhne; die SPD hatte das Thema auf der Tagesordnung, ohne sich klar zu positionieren.

Die Linkspartei schlägt acht Euro vor, weil das bei einer Vollzeitarbeit (38,5 Stunden/Woche) einen Nettolohn auf der Höhe der Pfändungsfreigrenze von 985



Euro ergibt. Diese wiederum wurde vom Gesetzgeber festgelegt, weil eine allein stehende Person mindestens 985 Euro zum Leben braucht.

Bereits im Juni 2006 brachte die Linksfraktion einen entsprechenden Antrag in den Bundestag ein. Er scheiterte, obwohl mit SPD und den Grünen eine Stimmenmehrheit möglich gewesen wäre. Abgelehnt wurde er von den Koalitionspartnern SPD und CDU, FDP und den Grünen.

„Eine klare Mehrheit der Bundesbürger ist einer Umfrage zufolge für die Einführung von Mindestlöhnen“, meldete dpa am 5. April dieses Jahres unter Berufung auf eine Umfrage im Auftrag der ARD-Tagesthemen: „Auf die Frage, wie Menschen am ehesten geholfen werden kann, die trotz Vollzeitarbeit so wenig Geld verdienen, dass sie von ihrem Einkommen nicht leben können, plädieren knapp zwei Drittel (63 Prozent) dafür.“ Zeit also für den Bundestag, im Sinne der Wähler zu handeln!

## Wer zahlt – Unternehmen oder Bürger?

Im Folgenden werden häufig vorgebrachte Bedenken gegen die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns aufgelistet und denen der Befürworter gegenüber gestellt:

### Argumente GEGEN den gesetzlichen Mindestlohn:

Mindesteinkommen wäre besser als Mindestlohn – aus dem Steuersäckel

Der Mindestlohn greift in die Tarifautonomie ein.

Unternehmen wandern in Billiglohnländer ab.

Der Mindestlohn zerstört Arbeitsplätze, denn Dienstleister flüchten in die Schwarzarbeit, Konsumenten schränken ihre Nachfrage ein.

### Argumente FÜR den gesetzlichen Mindestlohn:

Höhere Löhne stützen die sozialen Sicherungssysteme wie Rente und Gesundheit, da höhere Beiträge in die Kassen fließen würden. Armut schafft mehr Krankheit. Und sie führen zu höheren Steuereinnahmen des Staates statt zu Belastungen, so dass Bildung oder Umweltschutz gestärkt werden können.

Er legt lediglich eine Einkommensuntergrenze fest.

Großunternehmen wandern auch so zu günstigen Standorten und sind ohnehin weniger betroffen. Mindestlöhne schützen den Mittelstand vor billigen Mitbewerbern.

Mehr Menschen können sich mehr leisten. Damit steigen die Konjunktur und langfristig auch die Beschäftigungsquote.

Schwarzarbeit muss durch konsequente Rechtsdurchsetzung verhindert werden.

Laut Wissenschaftsinstitut kostet ein gesetzlicher Mindestlohn in Deutschland die Unternehmen 10 bis 12 Milliarden Euro zusätzlich, von denen allerdings auch der Staat über Steuereinnahmen sowie 3,7 bis 4,2 Milliarden Euro Mehreinnahmen für die Sozialversicherungen profitieren würde (Modellrechnung auf Basis des Sozioökonomischen Panels für 2004). Durch den Mindestlohn würden vor allem die Einkommen von Beschäftigten in den unteren Lohngruppen steigen, die meist in bescheidenen Einkommensverhältnissen leben und die Einkommenssteigerung unmittelbar in den Konsum umsetzen, also auch den Unternehmen wieder zugute kommen. Dr. Claudia Weinkopf: „Ohne eine gesetzlich fixierte Untergrenze besteht die Gefahr, dass Unternehmen die „Ausfallbürgschaft“ des Staates zunehmend nutzen, um Löhne weiter abzusenken.“

Die Argumente pro und contra Mindestlöhne laufen auf eines hinaus: Wer zahlt dafür, dass Menschen in Würde arbeiten und leben können? Gleicht der Staat mittels Kombilohn oder Bürgergeld aus der Tasche des Steuerzahlers niedrige Löhne aus, oder kommen die Unternehmen im „Exportweltmeisterland“ dafür auf?

Um sich klar gegen die Verlagerung privatwirtschaftlicher Pflichten auf die Schultern der Bürger zu positionieren, startete die Linkspartei 2006 auch in Potsdam ihre Kampagne für einen Mindestlohn von 8 Euro. Überparteilich und zeitlich befristet engagieren sich Einzelpersonen und Organisationen in der „Initiative Mindestlohn“ für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland. Wer sich konkret informieren und einmischen will, sollte das am 1. Mai tun! -ed-

*Heute müssen über 2,5 Millionen Beschäftigte in Deutschland mit Stundenentgelten deutlich unter den geforderten 7,50 Euro über die Runden kommen. Bereits 36 Prozent der Vollzeitbeschäftigten in Deutschland arbeiten im Niedriglohnssektor.*

*Gegenwärtig gibt es in Brandenburg 115 000 Mini-Jobs, 30 000 Midi-Jobs, tausende Hoch- und Fachschulabsolventen in teilweise vergütungsfreien Praktika sowie ca. 55 000 Beschäftigte in Leiharbeitsfirmen, die nach Aussagen des DGB überwiegend zu Niedriglöhnen arbeiten.*

*Laut Studie „Generation Praktikum“ der DGB-Jugend von 2007 absolviert etwa jeder sechste Hochschulabsolvent ein unbezahltes Praktikum von durchschnittlich 6 Monaten Dauer.*

*In Potsdam gab es im Juni 2006 2.688 erwerbsfähige Hilfebedürftige, die sozialversicherungspflichtig und geringfügig entlohnt beschäftigt waren, davon 1.266 in Vollzeit. (Antwort der Stadtverwaltung auf die Anfrage der Stadtverordneten Jana Schulze, Linksfraktion)*

## Johann Sebastian Bach in Potsdam

Mai 1747

Am 07. Mai 1747 kommt der Thomaskantor Johann Sebastian Bach in Potsdam an. Ihn hatte der Wunsch in die preußische Residenz geleitet, bei Friedrich II. eine Anstellung zu erhalten. So würde er – das hoffte der Komponist – dem Joch der Leipziger Ratsherren entfliehen können. Wir wissen, dass sich dieses Verlangen nicht erfüllen sollte.

Die „Berlinische Nachrichten“ vom 11. Mai 1747 berichten: „Aus Potsdam vernimmt man, daß daselbst verwichenen Sonntag der berühmte Capellmeister aus Leipzig, Herr Bach, eingetroffen ist, in der Absicht, das Vergnügen zu genießen, die dasige vortrefliche Königl. Music zu hören. Des Abends, gegen die Zeit, da die gewöhnliche Cammer-Music in den Kö-

nigl. Apartements anzugehen pflegt, ward Sr. Majestät berichtet, daß der Capellmeister Bach in Potsdam angekommen sey, und daß er sich jetzo in Dero Vor Cammer aufhalte, allwo er Dero allergnädigste Erlaubniß erwarte, der Music zu hören zu dürfen. Höchstdieselben erteilten sogleich Befehl, ihn herein kommen zu lassen, und giengen bey dessen Eintritt an das sogenannte Forte und Piano, geruheten auch, ohne einige Vorbereitung in eigner höchster Person dem Capellmeister Bach ein Thema vorzuspielen, welches er in einer Fuga ausführen sollte. Es geschah dieses von gemeldetem Capellmeister so glücklich, daß nicht nur Se. Majest. Dero allergnädigstes Wohlgefallen darüber zu bezeigen be-

liebten, sondern auch die sämtlichen Anwesenden in Verwunderung gesetzt wurden. Herr Bach fand das ihm aufgegeben Thema so ausbündig schön, daß er es in einer ordentlichen Fuga zu Papiere bringen, und hernach in Kupfer stechen lassen will, Am Montage ließ sich dieser berühmte Mann in der Heil. Geist-Kirche zu Potsdam auf der Orgel hören, und erwarb sich bey den in Menge vorhandenen Zuhörern allgemeinen Beyfall. Abends trugen seine Majestät ihm nochmals die Ausführung einer Fuga von 6 Stimmen auf, welches er zu Höchstderoselben Vergnügen, und mit allgemeiner Bewunderung, eben so geschickt, wie das vorige mahl, bewerkstelligte.“

### „Lissy“

Mai 1957

Am 30. Mai 1957 hatte ein DEFA-Spielfilm Premiere, der als „Schlüssel film“ Geschichte machte: „Lissy“. Friedrich Wolf führte Regie und schrieb gemeinsam mit Alex Wedding das Drehbuch nach dem Roman von Franz Carl Weiskopf „Lissy oder Die Versuchung“. Alex Wedding war übrigens die Witwe Weiskopfs. Der Regisseur und sein Kameramann Werner Bergmann erwiesen sich als „Jungfilmer“ als ein ausgezeichnetes Gespann.

Die Handlung wird im Jahr 1932 angesiedelt. Lissy, die Tochter eines sozialdemokratischen Arbeiters und alten Gewerkschaftlers, will heraus aus dem dumpfen Berliner Hinterhausmilieu. Alfred Fromeyer, gut aussehend, verspricht ihr eine gesicherte Existenz als Angestellten-Gattin. Aber zu schnell ist das erste Kind da und Fromeyer verliert seine Stellung. Es beginnt der verhängnisvolle Weg, den viele Deutsche mitgingen. „Das ist das Große und Bedeutsame an diesem Film – für Millionen Deutsche bedeutsam: Hier wird am Schicksal der Lissy, ih-



res Mannes und des Standartenführers Kaczmierczik erklärt [...], wie es bei Menschen der verschiedensten Herkunft zu Fehlentscheidungen, Irrtümern, falscher

Frontstellung und schließlich zur Parteinahme für Hitler kommen konnte. [...] Es ist die Geschichte unseres Volkes in den Jahren vor der braunen Machtergreifung...“, hieß es in einer Filmkritik.

Neben u.a. Horst Drinda, Hans-Peter Minetti, Gerhard Bienert, Raimund Schelcher und Willi Schwabe hatte Sonja Sutter (Foto) die Hauptrolle übernommen. Sie war eine der wenigen Stars der 50er Jahre, der gleichermaßen in beiden deutschen Staaten filmte. Der DEFA-Regisseur Slatan Dudow hatte sie bei Probeaufnahmen für einen Luis-Trenker-Film entdeckt und engagierte sie für seinen Film „Frauensicksale“, mit dem sie sich in die Filmgeschichte einschrieb. „Sonja Sutters Gesicht und Gestus vermögen jeder ausgedachten Figur eine zusätzliche Dimension zu geben – eine menschliche schlechthin“, lobte die Kritikerin Elke Schieber.

Neben dem Film „Lissy“ wirkte Sonja Sutter in fünf weiteren DEFA-Spielfilmen mit. -rt

## „Friede, Fortschritt, Gleichberechtigung“ – die Gründung des DFD

Mai 1947

Für den Wiederaufbau auch im Land Brandenburg wurde nach dem Kriege jede Hand gebraucht – auch jede weibliche, denn viele Männer hatten im Kriege ihr Leben verloren oder waren noch in Gefangenschaft. Es lag also auf der Hand, eine Organisation ins Leben zu rufen, die sich besonders der Interessen der Frauen

annahm und sie mobilisierte. Am 10./11. Mai 1947 wurde deshalb in Potsdam unter der Losung „Friede, Fortschritt, Gleichberechtigung“ die Gründung des „Demokratischen Frauenbundes“ (DFD) für das Land Brandenburg im Volkstheater, Zimmerstraße, vollzogen. Paula Goldschmidt, Mitglied des Vorbereitenden Komitees,

hielt das Referat zum Thema: „Überparteiliche politische Arbeit“. Der Minister des Landes Brandenburg Fritz Rücker übergab im Auftrag der Regierung an die neue Organisation 200.000,- RM, damit sie ihrer Aufgabe gerecht werden könne. Zur Vorsitzenden wurde Frida Radel gewählt.

## Neuer Name für ein neues Haus – Erich Weinert

Mai 1957

Der Kinder- und Jugendarbeit wurde zu Zeiten der DDR von Beginn an große Aufmerksamkeit geschenkt. Das hatte auch materielle Konsequenzen. In Potsdam wurde das erste neu errichtete Pionier-

haus der DDR gebaut und erhielt am 19. Mai 1957 seinen Namen „Erich Weinert“. Zahlreiche Pioniere waren begeistert dabei. Anwesend als Gäste auch Wilhelm Knigge, 1. Sekretär der Stadtleitung Pots-

dam der SED, Li Weinert, Ehefrau von Erich Weinert, und der Schriftsteller Hans Marchwiza. Bis 1990 trug das Haus diesen Namen und leistete Großes bei der Freizeitgestaltung vieler Generationen.



## Halber Sieg und ganze Freude auf dem Theaterschiff!

**Oder – danke, liebe Potsdamer, danke, liebe Gäste – wir machen weiter!**

Die Stadt-Spiel-Truppe Potsdam e.V. hat 50% der gestrichenen Fördersumme zurückerkämpft.

Durch die Aktivitäten der Theatertruppe, ihrer Freunde und Unterstützer, durch die engagierte Anteilnahme der Potsdamer Bürger, Parteien, Fraktionen, Künstler sowie der Besucher des Theaterschiffes (deutschland-, europaweit und aus den USA) wurde eine intensive Auseinandersetzung über die geplante Kürzung, über

die Stadt-Spiel-Truppe und ihr Theaterschiff in Gang gesetzt.

Was ist das Ergebnis:

1. die Erkenntnis, dass Truppe und Schiff nicht zu trennen sind,
2. dass die Kulturverantwortlichen der Stadt die Leistungen der Theatertruppe anerkennen und das Mögliche getan haben, „um kein Loch in's Schiff zu schlagen“ (Matthias Platzeck),

3. zurückgewonnene Fördermittel in Höhe von 15.000 €

4. es fehlen noch 15.000 €, die wollen/müssen wir auftreiben.

Der gesamte Prozess zwischen dem Prof. Voesgen-Urteil und dem Fischerwort (samt Seemannhilfe) war aufklärend und bereichernd. Klischees – die da oben wollen doch nicht, die Laien da unten können's nicht – sind über Bord gegangen.

Und weiter geht's! Wir waren während dieser Monate mit unserer Revue „Männer“ in den Haftanstalten des Landes. Wir waren in Poznan und trafen uns mit einer polnischen Theatertruppe, um unseren gemeinsamen Festivalbeitrag auf dem Theaterschiff für 2007 im Juni in Poznan vorzubereiten. Wir spielen weiter „Kästner-Abend“, „Was ihr wollt“, „Die Mausefalle“, „Sekretärinnen“, „Draußen vor der Tür“ und „Männer“. Wir bieten rund 25 verschiedenste Veranstaltungen pro Monat auf dem Theaterschiff. Für 2007 sind drei Premieren geplant: „Klamms Krieg“ von Kai Hensel, „Ein Winter unterm Tisch“ von Roland Topor und ein Projekt zum Themenjahr „Faszination Wasser“. „Kamms Krieg“ hatte im Februar Premiere. Es folgten und folgen weitere Gastspiele in deutschen Städten und Haftanstalten und mit dem Schiff geht's ab dem 17. Juni auf große Fahrt: nach Gorzow in Polen (750-Jahresfeier) und zum Maltafestival in Poznan und, und, und...

*Wilfried Mattukat  
Künstlerischer Leiter/  
Geschäftsführer*

*...wir haben auch noch Platz auf dem Spendenkonto:  
Nr. 350 100 65 00,  
MBS 160 500 00*

## Über 10 Millionen Euro fließen in Verkehrsneuordnung

Fast 13.000 Euro werden noch in die Neuordnung der Verkehrsanlagen im östlichen Teilbereich des Sanierungsgebietes „Potsdamer Mitte“ fließen, weitere 10,5 Mio. Euro entfallen auf die Brücke. Das gab die Stadtverwaltung auf Anfrage der Abgeordneten Oldenburg (Linksfraktion) zur Kenntnis und schlüsselte die Kosten folgendermaßen auf:

Umbau Breite Straße bis Schlossstraße sowie Friedrich-Ebert-Straße zwischen Straße Am Kanal und Humboldtstraße 4.312 T€

Umverlegung von Leitungen der EWP und T-com in der Friedrich-Ebert-Straße/ Breite Straße 1.776 T€

Umgestaltung Vorplatz Filmmuseum; Postsäulenplatz, Umfeld Landtag, Steubenplatz und Humboldtstraße 2.313 T€

Umverlegung der Straßenbahn in der Friedrich-Ebert-Straße 3.950 T€

Umbau der Regenwasserreinigungsanlage und Havelauslass 653 T€

Die Kosten für die außerhalb des Sanierungsgebietes liegende Straßenbahn-/ Fußgängerbrücke betragen ca. 10,5 Mio. €. Einen Anteil von 8,7 Mio. € hat die Stadt für den Neubau eines Brückenzuges über die Alte und die Neue Fahrt sowie für die Umverlegung der Straßenbahn im Sanierungsgebiet als Fördermittel beantragt. Für die weiteren förderfähigen Maßnahmen der Baufeldfreimachung im Sanierungsgebiet werden aus der Gesamtmaßnahme „Potsdamer Mitte“ Bundes- und Landesmittel in Höhe von 80 % zur Finanzierung eingesetzt.

## Stadtverordnete für die Potsdamer Innenstadt

### Schwimmbetrieb auf dem Brauhausberg kann weiter laufen

Der Bau des Freizeitbads am Brauhausberg soll nun voraussichtlich im März 2008 beginnen, lautete die Antwort auf die Frage des Abgeordneten Schubert (SPD). Die bestehende Sportschwimmbad soll so lange wie möglich betrieben werden, auch bei bereits laufenden Baumaßnahmen für den Freizeitbadteil. Nach einem vorliegenden Gutachten sei das ohne weitere Sanierungsmaßnahmen bis April 2008 möglich.

### Neubesetzung des Aufsichtsrats der Stadtwerke

Mehrheitlich beschlossen die Stadtverordneten die Entsendung folgender Abgeordneter in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Potsdam GmbH:

Fraktion Die Linke. PDS: Dr. Karin Schröter, Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg,  
Fraktion SPD: Andreas Mühlberg,  
Fraktion CDU: Peter Lehmann

nach Losentscheid zwischen der Fraktion Bürger-Bündnis/FDP und Fraktion Die Andere: Fraktion Die Andere: Carsten Herzberg.

### Brandschutz in Potsdams Kitas und Schulen mangelhaft

Auf die Anfrage des Abgeordneten Uttig von der Familienpartei nach Sicherheitsmängeln in Potsdamer Schulen und Kitas gab die Stadt interessante Auskünfte:

Mängel, die ein bauordnungsrechtliches Eingreifen notwendig machen oder eine Betriebserlaubnis gefährden, gebe es zwar nicht oder würden bei Auftreten durch den Kommunalen Immobilienservice umgehend beseitigt.

Vor allem der Brandschutz in etlichen Kindertagesstätten und Schulen in Potsdam entspreche allerdings nicht mehr heutigen Standards. Insbesondere mangelt es an einer hinreichenden Ausbildung der Rettungswege und der Ausbildung von Brand- bzw. Rauchabschnitten. Für nahezu alle noch nicht entsprechend sanierten Objekte ist deshalb die Neugestaltung zweiter regulärer Rettungswege angezeigt.

Der sicherheitsrelevante Sanierungsbedarf läge bei 14,7 Mio. Euro. In dem erst kürzlich beschlossenen Investitionsprogramm 2007 – 2011 ist für die Kindertagesstätten und Schulen ein Investitionsvolumen von 72 Mio. Euro vorgesehen. Hierbei werden die sicherheitsrelevanten baulichen Maßnahmen mit hoher Priorität behandelt.

## „Hier wird durchgeblüht“

### Spaziergang über die Freundschaftsinsel

**Adresse:**  
Lange Brücke  
14467 Potsdam

**Öffnungszeiten:**  
ganzjährig von 7 Uhr bis  
zum Einbruch der Dunkel-  
heit

**Preise:**  
Zugang zur Insel kostenlos.  
Für einzelne Ausstellungen  
im Pavillon wird Eintritt er-  
hoben.

Von einer Bastion aus hellem Sandstein (50er-Jahre) an der Neuen Fahrt führt ein schattiger Uferweg unter alten Maulbeerbäumen, Pappeln und Weiden mit naturnaher Unterpflanzung und Blick zum Wasser, vorbei an Staudengarten, Spiellandschaft und Freilichtbühne, direkt zu einem Aussichtspunkt am äußersten östlichen Ende der Insel, mit schönem Blick zum Flatowturm im Babelsberger Park und in die Nuthemündung. Über die zur BUGA entstandene neue Inselbrücke über die Alte Fahrt führt der Weg in die Innenstadt.

Die Mitte des Inneren Staudengartens bildet eine große Rasenfläche, welche von den Torhäusern kommend weit in den Garten hineinreicht. Einige alte Einzelbäume (Linde, Bergahorn, Kastanie) bilden die Kulisse und künden von Beständigkeit. Jeder von ihnen ist im Vor-



**Folgen von Vandalismus: zerstörte Bänke, beschmierte Tafeln haben zur abendlichen Absperrung der Freundschaftsinsel geführt.**

frühling unterlegt mit einem zarten Blütenteppich aus Tausenden von Schneeglöckchen, Winterlingen, Veilchen, Szilla, Märzenbechern und Wildkrossen.

Drumherum, wohlgegliedert nach Themen und Entstehungszeit geordnet, die Pflanzungen, ganz in Foersterschm Sin-

ne mit blühenden Stauden, mannshohen Ziergräsern und duftenden Parkrosen.

Wie in einem Botanischen Garten werden auf über 5.000 Schildern Informationen zu den verwendeten Einzelpflanzen und auf größeren Tafeln die jeweiligen Erläuterungen zum Thema der Pflanzung gegeben. Über 100.000 Stauden und 35.000 Blumenzwiebeln wurden neu gepflanzt.

Für den an Gehölzen interessierten Besucher finden sich in allen Gartenteilen zahlreiche bemerkenswerte, oft seltene Baum- und Straucharten. So gehören die heute riesigen Feuerdornbüsche, die großen Gruppen von Chinesischem Flieder und die immergrünen Berberitzen zu den bevorzugt verwendeten Gehölzen. In den 50er-Jahren gepflanzt, bilden Urweltmammutbaum (*Metasequoia glyptostroboides*), japanischer Perlschnurbaum (*Sophora japonica*), Schwedische Mehlbeere (*Sorbus intermedia*) und Ginkgobaum (*Ginkgo biloba*) inzwischen stattliche Exemplare. Blüthengehölze, darunter Zieräpfel und -kirschen, Schneeball- und Forsythienarten sowie ein Schneeglöckchenstrauch (*Halesia carolina*) bereichern den Blütenreigen im Frühjahr.

Am Torhaus mit dem goldenen Schwan darauf befindet sich der Rosengarten, der den 70er-Jahren gewidmet ist und so andernorts längst verschwundene Züchtungen aus DDR-Zeiten enthält. Blühende Kletterrosen spiegeln sich in den großen Glasflächen des Ausstellungspavillons.

Unmittelbar daneben die Wasserachse mit den vier sprudelnden Fontänen, seerosenbepflanzten Becken und einer Sumpflandschaft, überspannt von zwei kleinen Brücken, über die man in das Innere des Gartens mit dem Bereich für die



**Kinder, Kinder...**

Kleinstauden und den Findlingsgarten gelangt.

Wie man seinem Kind einen schönen Namen gibt, so hat Foerster seine Pflanzzüchtungen, darunter auch seine bis heute berühmten Ritterspore, unter anderem mit Namen wie »Gletscherwasser«, »Morgentau«, »Jubelruf«, »Kleine Nachtmusik« oder »Tempelgong« und seine Flammenblumen mit »Juliglut«, »Landhochzeit«, »Nachbars Neid« oder sogar »Wenn schon denn schon« ausgestattet.

Den Abschiedsgruß nach einem Rundgang über das blühende Eiland erhält der Besucher vom »Gärtnerjungen«, einer Bronzeskulptur von 1963 (K. H. Schamal), und einem großartigen Blick auf das Gebäudeensemble Nikolaikirche, Altes Rathaus und Torhäuser.

Ein Besuch der Freundschaftsinsel lohnt zu jeder Jahreszeit, zumal die Pflanzungen entsprechend des Titels des Foerster-Buches »Es wird durchgeblüht« angelegt sind.

*Gekürzt: Jörg Nätke und Thoralf Götsch, veröffentlicht in „Potsdam Grün“, L&H-Verlag Hamburg 2001*



**Blumen, Blüten, Stauden...**

Fotos: Pete Heuer



**Blick über die Alte Fahrt mit Brückenzugang und Café.**

# Das Gedächtnis der Stadt wieder in die Mitte rücken

Von Dr. Karin Schröter, kulturpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.PDS der SVV Potsdam

Das städtische Potsdam-Museum wird im Jahr 2009 genau 100 Jahre alt werden. Das ist ein würdiger Anlass, Vorbereitungen zu treffen, um die über 1000jährige Geschichte unserer Stadt zu präsentieren. Viele Einwohnerinnen und Einwohner, aber auch besonders Touristen haben bemerkt, so etwas gibt es in Potsdam nicht. Darüber kann man in der Tat stauen, denn jede Kreisstadt weist mit Stolz auf ihre Geschichte hin. Nur in Potsdam ist das schwierig. Der Stellenwert des Museums muss aufgewertet werden!

Für die Linkspartei. PDS in der Stadtverordnetenversammlung war das Grund genug, einen Beschluss herbeizuführen, der den Oberbürgermeister beauftragt, alle Vorkerkungen zu treffen, um im Jahr 2009 wieder eine interessante stadtgeschichtliche Ausstellung zu zeigen, die ein musealer Anziehungspunkt werden soll.

Damit war es jedoch nicht getan. Eine Bewertung des jetzigen Museumsstandortes in der Benkertstraße ergab, das Museumshaus ist viel zu klein und der Ort des Museums sei zu weit von der Stadtmitte entfernt, um Besucher zu locken. Damit drängt sich die Suche nach einem neuen Standort gerade zu auf. Kritisch zu betrachten ist jedoch dabei, dass über die letzten Jahre etwa zwei Millionen Euro in das Haus im Holländischen Viertel geflossen waren. Die aus Hauptstadtmitteln stammenden Gelder müssen weiterhin – und das ist unsere Forderung – der Kultur zu gute kommen.

Zwei Vorschläge sollen jetzt geprüft werden. Das Brockesche Haus in der Yorkstraße und das Alte Rathaus am Alten Markt. Die Linksfraktion hat sich stets für einen Prüfprozess ausgesprochen. Andererseits muss endlich die Möglichkeit ernst genommen werden, für das Museum ein dauerhaftes Domizil zu schaffen, das auf lange Frist eine erfolgreiche Gestaltung der Museumsarbeit zulässt. Deshalb schien es uns wichtig, die Basis der Entscheidungsmöglichkeiten zu vergrößern.

Dabei lag sicher das frei werdende Fachhochschulgebäude auf der Hand. Hier wäre genügend Platz, die reichhaltigen und wertvollen Sammlungen des Museums auf zu nehmen. Hier könnten Flächen für die bislang immer beklagten und nicht vorhandenen Räume für moderne bildende Kunst gefunden werden. Und nicht zuletzt wäre die Suche nach ausreichend Platz für die Ausstellung Potsdamer Stadtentwicklung endlich erfolgreich. Als entscheidendes Argument wurde uns entgegnet, ein Haus ohne historische Fassade wäre nicht geeignet und geradezu kontraproduktiv. Wir meinen, dass dies bei der Standortwahl nur eine Komponente sein kann. Beispielweise das Zusammenwirken mit der Bibliothek und mit dem neu entstehenden Landtagsareal waren für uns entscheidend. Allein, dies alles galt nicht, und der Antrag wurde nicht einmal einer Prüfung für wert befunden.

Jetzt gehören Fakten auf den Tisch. Die Befürchtungen unserer Fraktion konnten bisher noch nicht komplett ausgeräumt werden. Uns beschäftigt eine hohe Finanzlast in Bezug auf das Brockesche Haus bei einem Mietmodell eines Investors, denn die Immobilie gehört nicht der Stadt. Zum anderen wollen wir nicht, dass es zu einem gewissen Verdrängungsprozess im Kulturhaus Altes Rathaus kommt, wenn sich Kulturangebote und das Museum das gleiche Haus teilen müssten. Gerade erst im Januar war es uns gelungen, mit der Beschlussfassung zum Landtagsneubau die Mittel für das Alte Rathaus komplett und rechtzeitig zu sichern. Das wollen wir nicht aufs Spiel setzen. Wir sind jedoch offen für weitere gute Vorschläge.

Am dringendsten erscheint uns aber das bislang noch ausstehende Konzept für das Museum. Erst dann können wir kompetente Entscheidungen fällen. Wenn erst kürzlich davon die Rede war, das Museum wolle sich inszenieren, finden wir das o.k. Aber ohne Inhalte geht nichts. Eine Entwicklungsstrategie für das Museum ist längst überfällig, denn es geht um eine neue geistige und örtliche Standortbestimmung.



Als Museumsstandort durchgefallen – die FHP.



Das Rathaus – Museum und Potsdam-Forum unter einem Dach?



Das Brockesche Haus – zu teuer?

Fotos: Ulrich John

# Gysi ringt um Macht und Eigentum

## URABSTIMMUNG 2007

*Die Linkspartei.PDS führt seit dem 30. März bis zum 18. Mai 2007 eine Urabstimmung durch. Mit der Urabstimmung entscheiden die Mitglieder über die Verschmelzung der Partei mit der Partei „Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative“ (WASG). Ziel ist die Bildung einer neuen Partei in der Bundesrepublik Deutschland: DIE LINKE. Die Urabstimmung ist im Statut der Linkspartei.PDS für den Fall einer Verschmelzung mit einer anderen Partei vorgeschrieben; sie wird außerdem vom Parteiengesetz und vom Vereinsrecht verlangt. Die Mitglieder der WASG sind in dem selben Zeitraum gleichfalls zu einer Urabstimmung aufgerufen.*

Für uns gilt der Wortlaut von Gysis Abdruck. Wenn bis vor kurzem für programmatische Erklärungen der PDS immer mal wieder das Schlagwort „Die Moderne“ ausgeliehen wurde, so kehrt Gregor Gysi in Marburg (ND v. 3./4. Februar 2007) zu dieser Redewendung in Form des „modernen Sozialismus“ zurück – rhetorisch gut, denn wer möchte schon „unmodern“ sein. So hat Gysi den Schritt in eine moderne Richtung vollzogen, während dem Leser das noch bevorsteht.

In der PDS ist es kaum noch üblich, sich zum Marxismus zu bekennen, auch Gysi vermeidet dies tunlichst; selbst in einem Vortrag über modernen Sozialismus kokettiert er zwar mit Marx, doch nur um ihn zu vulgarisieren (Vulgärmarxismus), besser zu entstellen: „Das entspricht wohl ungefähr dem, was sich Marx unter einer sozialistischen Gesellschaft vorgestellt hat“. Eine beispiellose Verdrehung von Grundgedanken, die weder „ungefähr“ noch überhaupt mit Marx irgendetwas gemein haben. Ist Sozialismus bei Marx eine durch Klassenkämpfe herbeigeführte radikale Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, mitsamt ihren ‚Momenten‘ (bei Gysi: „der bürgerlichen Ära“), insbesondere der Eigentumsverhältnisse, so reduziert sich bei der pseudomarxistischen Definition von Gysi der Sozialismus auf eine „Veränderung der Gesellschaft“ bei der die „emanzipativen Errungenschaften der bürgerlichen Ära bewahrt und ihre desaströsen Momente überwunden werden können“.

Hier wird unterstellt, dass wir mit „bewertbaren emanzipativen Errungenschaften“ geradezu überhäuft sind – der Massenarbeitslosigkeit, den von der ‚bürgerlichen Ära‘ ausgerüsteten Kriegen, dem Drogenhandel, dem Frauenhandel, dem Sextourismus, der Kinderpornografie, dem Rassismus und Antisemitismus, Amokläufe, Kinderverwahrlosung und vieles andere gehören wohl nicht zu diesen ‚emanzipativen Errungenschaften‘.

Gysi operiert hier elitär mit Fremdwörtern, die mein PC rot unterstrichen aus-

weist und die es im Fremdwörterbuch „Der kleine Duden“ gar nicht gibt. ‚Le desastre‘ ist Französisch und bedeutet ‚Unwetter‘ oder ‚Katastrophe‘; ‚desaströs‘ wäre also hier ‚katastrophal‘. Von Gysi wird zu Unrecht negiert, dass auch Frau Merkel und ihre Parteigänger Tag für Tag hart arbeiten, um die „desaströsen Momente“ dieser ‚Ära‘ – inklusive Umweltkatastrophen, katastrophalen revolutionären Erhebungen oder katastrophalen Migrantenströmen – zu vermeiden, zu überwinden oder mindestens zu lindern.

Auf dem Gründungsparteitag der KPD am 31. Dezember 1918 stellte Rosa Luxemburg fest: „Wir sind wieder bei Marx“ – das war nötig, weil sich die deutsche Sozialdemokratie weit von Marx entfernt hatte, was sich nicht nur bei Kriegsaus-

des ‚modernen Sozialismus‘ von Gregor Gysi; dabei erfahren wir endlich was uns, dort ‚im Sack‘, so lange verborgen geblieben war. Gregor Gysi stellt in Aussicht, dass der (nun wahrhaft noch ausstehende) Sozialismus „auf demokratischen Weg auch wieder abgewählt werden“ könne, und resümiert: „Dann waren die Vorschläge der Sozialistinnen und Sozialisten eben nicht gut genug“ – auf jeden Fall sind die Vorschläge von Gregor Gysi schon heute „nicht gut genug“, was mit der Frage seiner ‚demokratischen Abwahl‘ nicht kausal verbunden sein muss.

Genauer betrachtet, hat Gysi sein Thema „Ein moderner Sozialismus“ verfehlt, er verkündet diverse Varianten, wie man die „bürgerliche Ära“ verbessern könnte (im Vortrag gesteht er sogar ein, dass „all diese Forderungen mit einer Transforma-

# Quo vadis,

## Diskussion um „modernen Sozialismus“

**Der Vortrag „Ende der Geschichte? Über die Chancen eines modernen Sozialismus“, den Gregor Gysi am 24.01.07 an der Universität Marburg hielt, entfesselte eine lebhafte Debatte um Al-**

bruch 1914 im ‚Burgfrieden‘ widerspiegelte. Engels hatte vor seinem Tode 1895 den Nachlass von Marx einem besonders vertrauten Mitsstreiter, Eduard Bernstein, hinterlassen, der es allerdings für nötig befand, den Marxismus einer ‚Revision‘ (‚Revisionismus‘) zu unterziehen, den Kapitalismus, statt ihn abzuschaffen, lediglich ‚reformieren‘ wollte (‚Reformismus‘). Gysi reanimiert mit seinem Vortrag einen Veteranen der Arbeiterbewegung gut vertrautes Thema.

Die im NEUEN DEUTSCHLAND (10./11. Februar 2007) veröffentlichte ‚Erwidern auf Gregor Gysis Vorstellungen‘ unter der Überschrift „Jetzt also ist die Katze aus dem Sack“ von Klaus Blessing und Mathias Werner bringt wissenschaftliche Klarheit in das undurchsichtige Knäuel

tion dieser Gesellschaft erst einmal nichts zu tun haben. Es handelt sich eigentlich um sozialdemokratische, nicht um sozialistische Politik, die die Linke einfordern muss“); „Gysi bekennt sich ausdrücklich zu Keynes. Der wollte die schlimmsten Auswüchse des Kapitalismus, insbesondere den Krisenzyklus, durch stärkeren Einfluss des Staates und fiskalische Regelmechanismen eindämmen“, liest man bei Klaus Blessing und Mathias Werner; weiter eben dort: „Keynes wollte aber keinen Sozialismus!“ Nach dem Beitrag „Katze aus dem Sack“ „kann Gysi nicht in der Lage sein, einen Sozialismus der Zukunft zu entwerfen!“, lesen wir im ND – dem kann man nur zustimmen.

Walter Ruge



# Kreativität über Marx hinaus

Von jeher sind Linke diskussionsfreudig, gerade wenn es um die Kritik des Kapitalismus und um die daraus zu entwickelnden Alternativen geht. Dieser Umstand ist eine positive Tradition und deshalb begrüßenswert.

Die Bezugnahme auf Marx bleibt in diesem Zusammenhang lehrreich. Trotz seiner bisher unerreichten Kapitalismuskritik darf jedoch nicht unterschlagen werden, dass Marx auch irrte. Zu seinen Irrtümern zählt der historische Materialismus. Der Kapitalismus verschärft zwar ständig die Kluft zwischen arm und reich, er geht aber eben nicht zwangsläufig unter. Und schon gar nicht zugunsten eines wie auch immer gearteten Sozialismusmodells. Das ist eine Lehre aus der jüngsten Geschichte, die für manche immer noch schwer zu ertragen ist.

der für sich beantworten, zumal die Begriffe „modern“ und „gerecht“ zunehmend gegen einander ausgespielt werden, und dies zu Lasten der Gerechtigkeit. Der Ausdruck „demokratischer Sozialismus“ erscheint mir zumindest geeigneter, da er sowohl den herrschaftstheoretischen Rahmen als auch die Methode linker Politik vorgibt. Die Bürger müssen die Wahl haben, und ja, das bedeutet auch Abwählbarkeit. Auch wir haben die Wahrheit nicht gepachtet – vergessen wir das nie!

Und nun zum Eigentum: Wie Gregor Gysi richtig feststellt, ist nicht das Eigentum als solches DAS Problem, sondern dessen gesellschaftliche Kontrolle. Hier zeigt sich das Grundgesetz als sehr fortschrittlich, in dem es auf die Gemeinwohlbindung des Selbigen hinweist. Hier

Wir müssen den Bürgern ihre Rechte „verlesen“ und so die Sozialdemokratie unter Druck setzen. Vergessen wir nicht, dass es auch dort Linke gibt, die den neoliberalen Kurs zutiefst verabscheuen.

Plumpe Anbiederungsversuche sind jedoch fehl am Platz. Wir werden letztendlich nur erfolgreich sein können, wenn wir stets die konkrete Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bürger im Blick behalten. Nur so kann das Vertrauen der Bürger in die Demokratie erhalten bzw. zurück gewonnen werden.

Die Tatsache, dass sich Gregor Gysi zum Keynesianismus bekennt, ist mitnichten als eine Absage an einen demokratischen Sozialismus zu verstehen. Keynes wollte zwar eine „sozialistische Revolution“ verhindern, nur hatte er zu diesem Zeitpunkt die Diktatur der Bolschewiki in der

Sowjetunion vor Augen. Diese Tatsache sollten wir uns vergegenwärtigen.

Keynes ist sehr wohl ein Linker: Seiner Auffassung nach ist der Staat nämlich gezwungen, nicht nur ordnungspolitisch in die Wirtschaft, sondern auch prozesspolitisch einzugreifen. Das heißt, die Regierung soll nicht nur als Legislative die Rahmenbedingungen für das Wirtschaften stellen, sondern auch als eigenes Wirtschaftsobjekt eingreifen. Als demokratische Sozialisten sollten wir dies wohlwollend zur Kenntnis nehmen und uns die „Katze“ erst einmal genau anschauen, bevor wir ungesehen auf sie eindreschen.

Debatten um die „reine Lehre“ helfen nur unseren Gegnern, nicht aber den Menschen, für die wir Politik machen wollen.

Torsten Engel

## Parteitag einberufen

*Der Vorstand der Linkspartei.PDS berief die 3. Tagung des 10. Parteitages für Freitag, den 15. Juni, und den Gründungsparteitag der Partei DIE LINKE für Samstag, den 16. Juni 2007, nach Berlin ein. Tagungsort wird das Estrel Convention Center in Berlin-Neukölln, in dem im August 2005 der Parteitag unmittelbar vor der erfolgreichen Bundestagswahl stattgefunden hat. Antragsschluss für die Berliner Parteitage, die sich voll auf die Parteigründung konzentrieren sollten, ist am Donnerstag, dem 3. Mai 2007. Mitgliedern der Linkspartei.PDS, die für Gremien der neuen Partei kandidieren wollen – gewählt werden der Parteivorstand, die Bundesschiedskommission und die Finanzrevisionskommission –, wird empfohlen, ihre Kandidatur bis zum 3. Mai beim Parteivorstand schriftlich anzuzeigen, damit diese veröffentlicht werden können. Zur Anzeige von Kandidaturen können ein Text vom maximal 2000 Druckzeichen (einschließlich Leerzeichen) sowie ein Porträtfoto eingereicht werden.*

# Linke?

## „Pro“ und „Contra“

**Alternativen zum neoliberalen Kapitalismus, an der sich nun auch die beiden Potsdamer WALTER RUGE und TORSTEN ENGEL mit je einem Textbeitrag beteiligen.**

Linke Alternativen verlangen eine programmatische Kreativität, die über Marx hinausgehen muss. Zudem darf bei zukünftigen Überlegungen nicht vernachlässigt werden, dass die bürgerlichen Gesellschaften dem einzelnen Individuum ein ungleich höheres Maß an Freiheit einräumen, als es der 1989 gescheiterte real existierende Sozialismus je tat. Die Bürger werden darauf auch zu recht nicht wieder freiwillig verzichten. Das gilt es zu berücksichtigen und darauf muss aufgebaut werden. Unsere Anstrengungen sollten wir darauf richten, die negative Freiheit zu erhalten und zwar durch ein Mehr an positiver Freiheit.

Ob die Formulierung „moderner Sozialismus“ besonders gelungen ist, muss je-

besteht die Möglichkeit, den Interpretationsspielraum im Interesse der abhängig Beschäftigten zu nutzen und zu erweitern.

Statt eine neue Utopie am Reißbrett zu entwerfen, die keine Anknüpfungspunkte an die realen Verhältnisse bietet, gilt es, einen sozialen Politikwechsel anzumahnen. Zum einen, weil das möglich ist, und zum anderen, weil das Grundgesetz dies zwingend vorschreibt. Die Bundesrepublik ist laut Verfassung eben nicht nur ein demokratischer, sondern auch ein sozialer Rechtsstaat, und zwar gleichermaßen. Bestrebungen, das Soziale aufzuweichen, sind letztlich verfassungswidrig.

An diesem Punkt muss eine linke Öffentlichkeitsarbeit knallhart ansetzen.

Wir müssen den Bürgern ihre Rechte „verlesen“ und so die Sozialdemokratie unter Druck setzen. Vergessen wir nicht, dass es auch dort Linke gibt, die den neoliberalen Kurs zutiefst verabscheuen.

Plumpe Anbiederungsversuche sind jedoch fehl am Platz. Wir werden letztendlich nur erfolgreich sein können, wenn wir stets die konkrete Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bürger im Blick behalten. Nur so kann das Vertrauen der Bürger in die Demokratie erhalten bzw. zurück gewonnen werden.

Die Tatsache, dass sich Gregor Gysi zum Keynesianismus bekennt, ist mitnichten als eine Absage an einen demokratischen Sozialismus zu verstehen. Keynes wollte zwar eine „sozialistische Revolution“ verhindern, nur hatte er zu diesem Zeitpunkt die Diktatur der Bolschewiki in der

Schreiben Sie uns  
**Ihre**  
Meinung zum Thema

## Wie sich die Zeiten gleichen

Als eines Tages, es war während der großen Weltwirtschaftskrise, Vater zur gewohnten Zeit nach Hause kam, hörte ich ihn sagen: „Nun haben wir auch unsere Fleppen (Arbeitspapiere) gekriegt, ab Montag bin ich zu Hause.“ Von Mutters Gesicht war bei seinen Worten Entsetzen abzulesen und fast tonlos kam über ihre Lippen: „Ich hab es schon gehaut, was wird nun?“

Ich, der etwa Vierjährige, empfand Vaters Arbeitslosigkeit zunächst einmal gar nicht so schlecht. Er hatte nun viel mehr Zeit für uns, ging mit mir oft spazieren, reparierte meine Spielsachen, las mir vor und kümmerte sich im vorher nicht gekanntem Maße um Dinge, die Haushalt und Familie betrafen.

Dass Vaters Arbeitslosigkeit nicht, wie ich es mir anfangs noch vorstellte, etwas Vorteilhaftes sei, sollte ich bald erfahren. Immer öfter wurde mir eine Bitte oder ein Wunsch mit den Worten abgeschlagen: „Können wir nicht, das musst du einsehen. Vater bringt kein Geld nach Hause, er ist arbeitslos.“ Es gab auch andere Dinge, an denen ich merkte, dass Arbeitslosigkeit nichts Gutes war. Ständig, wenn ich spielen gehen wollte, bekam ich die Ermahnung mit auf den Weg: „Sieh dich vor, wir haben kein Geld, um dir neue Sachen zu kaufen.“ Als ich mir wirklich ein-

mal die Hosen eingerissen hatte, kam ein unschöner Flicker auf die Stelle, mit dem ich dann herumlaufen musste. „Bengel, warum wächst du so schnell“, musste ich mir Mutters Seufzer anhören und dann wurden am Pullover Börtchen angestrickt und an der Hose, auch wenn sie schon mitgenommen aussah, die Umschläge herausgelassen. Meine Schuhe wurden mir zu klein und drückten, so dass ich klagte. „Ausgerechnet jetzt“, stöhnte Mutter, „bevor du neue Schuhe bekommen kannst, müssen erst einmal die Schulden beim Kaufmann abbezahlt werden. Essen geht vor.“ „Lauf barfuss herum, es ist ja draußen warm. Andere Kinder müssen es auch“, meinte sie, wie um sich zu entschuldigen. Auch bei der Garderobe der Eltern waren Einsparungen zu bemerken. „Was soll ich mich noch gut anziehen“, brummte Vater beim Ansehen seines Anzuges, „haben sowieso kein Geld, um auszugehen.“

Auch was das Essen anbetraf, merkte ich, dass wir arbeitslos waren. Mein Lieblingsgetränk Kakao kam so gut wie nicht mehr auf den Tisch. Immer öfter bekam ich zu hören: „Sei nicht so mäkelig“, oder wenn es mal besonders schmeckte: „Jetzt ist es aber genug, du bist schon satt.“

Was mir besonders zu Herzen ging, war, dass das Einvernehmen zwischen

den Eltern immer mehr litt. Vater war, was ich nicht bei ihm kannte, sehr seinen Stimmungen unterworfen, reagierte auf nichtige Dinge gereizt, war leicht aufbrausend, dann wieder schwermütig. „Was soll noch das Leben“, hörte man ihn in solchen Momenten klagen, „man ist ja zu nichts mehr nutze, selbst nicht in der eigenen Familie“, und Mutter, die ich als lebensfrohe Frau kannte, sah ich öfter weinen.

Kürzlich klingelte am Abend das Telefon. Am anderen Ende der Leitung war meine jüngste Tochter. Mutlosigkeit war ihrer Stimme anzumerken. Ihr Mann, ein Bauarbeiter, ist schon seit längerer Zeit arbeitslos. Wahrscheinlich wird er nur noch die ALG II (Arbeitslosengeld II) erhalten. Ihre ABM-Stelle ist nun auch ausgelaufen. Für eine größere Anschaffung muss noch eine beträchtliche Summe abbezahlt werden. Dem Sohn wurde Arbeitslosenunterstützung abgelehnt, da er als Lehrling ja „noch nicht“ gearbeitet hat. Miete und Strom sind teurer geworden, und sie wissen nicht, ob sie ihre jetzige Wohnung werden halten können. Bei diesem Telefonat kamen mir die Erinnerungen an die Arbeitslosenzeit, die ich in meiner Kindheit erleben musste. Wie sich doch die Zeiten gleichen.

Karl Kreutz

### Das Zitat

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) bezeichnete den verstorbenen Boris Jelzin als „mutigen Kämpfer für Demokratie und Freiheit...“.

**Krankenversicherungspflicht:** Wer weder gesetzlich noch privat versichert war, der musste bisher seine Krankheitskosten selbst bezahlen. In Zukunft muss Jeder in Deutschland krankenversichert sein. Wer früher als Mitglied einer Krankenkasse oder über Angehörige gesetzlich versichert und dann aus dem „GKV-System“ herausgefallen war, ist in der Regel ab 1. April 2007 wieder versicherungspflichtig. Dazu berät jede Krankenkasse. Wer hingegen privat versichert war oder zum Beispiel als Selbstständiger in eine private Krankenversicherung gehört, kann ab 1. Juli 2007 im Standardtarif dort wieder aufgenommen werden – ohne Gesundheitsprüfung und ohne Risikozuschläge.

**Beitragshöhe:** Bis Ende 2008 müssen alle Kassen ihre Schulden abgebaut haben - 2009 soll dann für alle Krankenkassen ein einheitlicher Beitragssatz eingeführt werden, den die Bundesregierung festlegt. Erhöht die Kasse den Beitragssatz, kann man bis zum Ende des auf die Erhöhung folgenden Kalendermonats kündigen. Ausnahmen gelten allerdings für Versicherte, die einen der Wahltarife gewählt haben; sie binden sich sogar für drei Jahre an ihre Krankenkasse.

**Kostenerstattung:** Versicherte bekommen bei der Kostenerstattung vom Arzt, Zahnarzt oder Krankenhaus die Rech-

### Kein Aprilscherz

#### Gesundheitsreform bringt mehr Verantwortung für Versicherte

nung und reichen sie anschließend bei ihrer Krankenkasse ein. Allerdings erstattet die Krankenkasse nur einen Teil dieser Kosten – außer bei Wahlтарifen, die man vertraglich mit der Kasse für einen höheren Beitragssatz vereinbaren kann. Die Kontrolle der Krankenkasse über Notwendigkeit oder Wirtschaftlichkeit fällt allerdings weg, so dass man selbst über Sinn und Unsinn einer angebotenen Leistung entscheiden muss.

**Wahlтарife:** Wer die Wahl hat, hat die Qual – meist ist mit einem Wahlтарife eine doppelte so lange Bindung an die Krankenkasse verknüpft, also drei Jahre. Vor der Wahl eines Tarifes sollte man alle Konsequenzen bedenken, sich gründlich informieren und gegebenenfalls unabhängig beraten lassen. So bieten die Prinzipien Selbstbehalt und Beitragsrückzahlung attraktive Einsparmöglichkeiten; sie können aber dazu verleiten, notwendige Leistungen nicht in Anspruch zu nehmen, so dass chronisch kranke oder ältere Menschen davon keinen Vorteil zu erwarten haben.

Über diese grundsätzlichen Änderungen hinaus gibt es eine Vielzahl weiterer Auswirkungen mit Für und Wider, die für den Versicherten unterschiedlich wichtig sind. Besondere Versorgungsformen wie das Hausarztmodell schränken häufig die freie Wahl des Arztes oder sonstigen Leistungserbringers ein – dafür soll die Versorgung zum Beispiel für chronisch kranke Patienten wesentlich verbessert werden.

Verbesserten Leistungen im Bereich der ambulanten Palliativversorgung, der häuslichen Krankenpflege oder auch der Schutzimpfungen stehen Einschränkungen gegenüber wie bei selbst verschuldeter Behandlungsbedürftigkeit. Besonders wichtig für die Befreiung von Zuzahlungen bei geringem Einkommen wird der Nachweis „therapiegerechten Verhaltens“ sein; zum Beispiel können die Ablehnung der Teilnahme an einem strukturierten Behandlungsprogramm für chronische Krankheiten oder die Vernachlässigung empfohlener Vorsorgeuntersuchungen und Früherkennungsmaßnahmen wie Gesundheits-Check und Krebsfrüherkennung dazu führen, dass die Zuzahlungsbefreiung gestrichen wird.

(Quelle: Verbraucherzentrale Brandenburg/gekürzt)

# Statt „Schlachtfest“ würdiger Abgang

RTL rief und fast die gesamte B- und C-Prominenz der deutschen Unterhaltungsbranche kam zum vermeintlich großen „Schlachtfest“ nach München. Vom Boxen hatten die meisten keine Ahnung, aber darum sollte es in der Nacht zum 1. April wohl auch gar nicht gehen. Nach Axel Schulz wollte nun auch Henry Maske wieder in den Ring steigen. Die meisten erwarteten einen ähnlichen Kampfverlauf. Es gibt nur eins, was Menschen mehr mögen, als ihren Helden zuzujubeln: Sie mit Häme zu überschütten, wenn sie fallen, und zwar möglichst tief. All das versprach dieser Abend, stellte sich der „Box-Rentner Maske“ doch dem WBA-Weltmeister Virgil Hill, den er schon in seiner aktiven Zeit nicht besiegen konnte. Da saßen sie nun, die Ferrés, Blancos, Lauterbachs und Jauchs dieser Republik, um sich spätestens nach acht Runden an den Wunden des vermeintlichen „Ex-Gentleman“ zu laben und sich dabei den feilgebotenen Häppchen hinzugeben. Auch die passende Musik wurde serviert: Pop-Sternchen Sarah Connor gab ihren neuen Song „Impossible dream“ (der unmögliche Traum) zum Besten. Die Bühne war frei, der Showdown konnte beginnen. Wer hier was aufs Dach bekommt, schien fest zu stehen, nur wie spektakulär es werden würde, war offen.

Im Vorfeld war viel von Experten und von welchen, die es gern wären, zu hören. Allen voran Graciano Rocchigiani und Darius Michalschewski. Beide prophezeiten eine ähnliche Tracht Prügel, wie sie der Träumer Axel Schulz bezog. Auch das Magazin „Der Stern“ lehnte sich weit aus dem Fenster. Die Macher beschrieben die Ruhmsucht des Box-Opas Maske und verhiessen die voraussichtliche Katastrophe. Ein Anderer fand leisere, aber nicht weniger kritische Worte. Der ebenso kundige wie launige Werner Schneider, vielen auch als Kabarettist bekannt, sprach von der Eitel-



keit des Mannes, der Sehnsucht, im Mittelpunkt zu stehen, und von dem Wunsch, noch einmal zu pathetischer Musik einzumarschieren.

Dann kam es anders: Nach anfänglichen Schwierigkeiten kam Maske immer besser in den Kampf und verblüffte seinen Gegner. Irritiert verlor dieser die Nerven, so dass der Konterboxer in alter Manier brillieren konnte. Ohne große Geste, dafür effektiv und elegant im Stil. Maske behielt einen „kühlen

Kopf“ und gewann klar nach Punkten. Wer hätte das gedacht. Der „alte Fuchs“ konnte auch nach zehn Jahren Ringpause seine Fähigkeiten noch richtig einschätzen und gegen den aktuellen Weltmeister bestehen, auch wenn der den Höhepunkt seiner Leistungsfähigkeit bereits überschritten hatte. Aus dem „Schlachtfest“ wurde ein würdiger Abgang des „Gentleman“. Respekt.

Dr. Tino Erstling

## Sport +++ Sport +++ Sport +++ Sport +++ Sport +++ Sport

### Potsdam ist im Gesunde-Städte-Netzwerk aktiv

Die Landeshauptstadt Potsdam verfügt über ein umfassendes Angebot der medizinischen und gesundheitlichen Versorgung. Als Mitglied im „Gesunde-Städte-Netzwerk“ forciert Potsdam die Strategie einer integrierten Lebensqualität, die Bildungsförderung, Gesundheitsentwicklung, Umweltschutz, soziale Stabilität und Erneuerung als „magisches Viereck“ im Alltag der Politik versteht. Gesundheit verkörpert darin einen zentralen Wert.

Der WEGWEISER „Potsdamer Gesundheitsring“ listet Angebote zur Gesundheitsförderung in Potsdam ab 2006 auf und nennt die dazu gehörigen

Adressen von Bildungseinrichtungen und Instituten, Krankenkassen, Kommunalen Einrichtungen, Verbänden und Vereinen.

### Gehen-hält-fit-Weg in Potsdams Innenstadt

Irland, Finnland, Schweden und Dänemark haben ihn: den „Slí na Sláinte“ (Pfad zur Gesundheit). Und auch Potsdam hat einen Gehen-hält-fit-Weg. Der etwas mehr als drei Kilometer lange Rundkurs von der Innenstadt zum Kapellenberg und zurück soll dazu animieren, etwas für die Gesundheit zu tun. Kilometerschilder kennzeichnen die verschiedenen Etappen, so dass jeder weiß, wie weit

er gelaufen ist. Der Weg ist als ein Projekt der Deutschen Herzstiftung bundesweit und auch international erprobt und hat zum Ziel, dem Bewegungsmangel vorzubeugen. Denn für die Vermeidung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen ist neben dem Rauchen, falscher Ernährung und Bluthochdruck, der Mangel an angemessener körperlicher Betätigung von Bedeutung. Regelmäßig Sport zu treiben, ist eine Alternative.

Der Gehen-hält-fit-Weg ist ein niedrigschwelliges Angebot - keine geplanten Zeiten in Trainingsgruppen oder besondere Sportkleidung sind erforderlich. Wichtig ist nur der spontane Entschluss. Die Aktion geht auf eine Idee der irischen Herzstiftung zurück und heißt dort „Slí na Sláinte“ (gesprochen: Schli na Slontsche), wes-

halb Beschriftung und Symbolik auf den Schildern teilweise gälisch sind. Das Wort „slí“ bedeutet „Pfad“, die drei Striche stehen für Gesundheit, die Sonne für Lebenskraft.

Internationale Vernetzung macht es möglich, dass die Schilder auf allen Fitgehwegen genau gleich aussehen. Denn dieses von der Europäischen Union geförderte Projekt existiert in Finnland, Schweden, Dänemark und natürlich auch in Irland. In Deutschland bestehen in 25 Städten solche Wege.

Einen Flyer mit der Routen-Karte und Informationen zum Gehen-hält-fit-Weg gibt es im Gesundheitsamt, Jägerallee 2, Haus 2, Zimmer 553. <http://www.potsdam.de>

## Familienwanderung am Himmelfahrtstag

Am Donnerstag, den 17. Mai, treffen sich alle altbewährten und neu motivierten Wandergenossen

**um 10 Uhr an der Haltestelle Waldstraße (Kreuzung Horstweg/Heinrich-Mann-Allee).**

Ziel ist die Waldschule auf dem Großen Ravensberg, also nicht – wie vor zwei Jahren – der zugehörige Falkenhof.

Die Möglichkeit für Geselligkeit, Information, Verpflegung und Erholung scheinen uns dort oben am günstigsten zu sein.

Für den Heimweg (bis zum Rand der Waldstadt II) können Interessierte einen Fahrdienst des Vereins gegen kleine Gebühr in Anspruch nehmen. Organisatoren für das Programm sind Rudolf und Hella Drohla.



### + Tipps & Termine +++ Tipps & Termine +

**So, 6. Mai · 10 Uhr:** *Rathausreport „live“*, Frühschoppen mit Stadtverordneten, Bürgerhaus „Sternzeichen“, Galileistraße 37/39

**Mo, 7. Mai · 14.30 Uhr:** „Geheimnisvolle Stätten“, Videoreise mit Karl Kreuzt zu geheimnisvollen und legendenreichen Stätten, Dahlweid Stiftung in „Zentrum-Ost“, Edisonallee 13

**18 Uhr:** *Welches Leitbild braucht die Region?*, Gemeinsame Veranstaltung mit info-radio, u. a. mit Kerstin Kaiser (Mdl), Potsdam, Kutschstall, Am Neuen Markt

**Di, 8. Mai · 14.30 Uhr:** „Politik aktuell“, Gespräch mit Prof. Dr. Dankert über Bundes- und Landespolitik, Dahlweid Stiftung in „Zentrum-Ost“

**Do, 10. Mai · 18 Uhr:** „Mach doch, was du willst“ - Kurzfilmprogramm „Arbeit in der Zukunft“ mit anschließendem Filmgespräch, Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg, Dortustr. 53

**Mo, 14. Mai · 14.30 Uhr:** „Mit Kamera und Kochbuch unterwegs – in Nordindien“, mit Dr. Rönz, Dahlweid Stiftung

**Di, 15. Mai · 18 Uhr:** *Worin müsste sich ein demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert vom gescheiterten Realsozialismus unterscheiden?*, Vortrag und Diskussion mit Prof. Dr. Steinitz, Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg, Dortustr. 53

**Sa, 19. Mai · 15 Uhr:** *Lesecke mit dem Schriftsteller Jürgen Leskin*, Haus der Linkspartei. PDS, Alleestraße 3

**Mo, 21. Mai · 14.30 Uhr:** „Lese-schnäppchen am Kaffeetisch“, Plauderei zur Kaffezeit mit kleinen Werken des Zirkels „Schreibende Senioren“, Dahlweid Stiftung

**Di, 22. Mai · 14.30 Uhr:** „Villenkolonie und öffentlicher Uferweg“ im Gespräch mit Dr. Herbert Schlomm, Stadtverordneter, zur Vorbereitung des Stadtpaziergangs am Griebnitzsee, Dahlweid Stiftung

**Mi, 23. Mai · 13.30 Uhr:** „18, 20, Buben raus“, Preisskat mit Imbiss, Dahlweid Stiftung

**Fr, 25. Mai · 19.00 Uhr:** Sternzeichen, Reihe „Kabarett am Stern“. Antje Basedow, Hamburg: „Ein richtig schönes Gefühl“

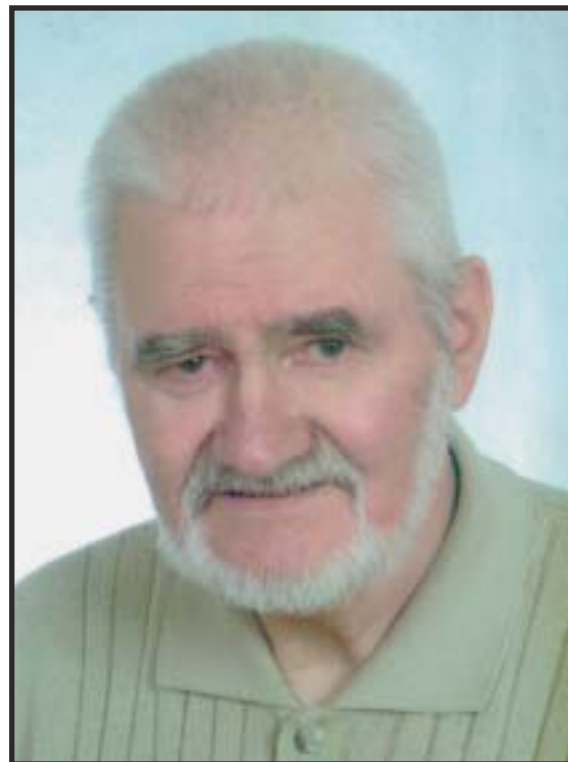
**Sa, 26. Mai · 14-16 Uhr:** *Der besondere Stadtpaziergang „Villenkolonie und öffentlicher Uferweg“* mit Dr. Herbert Schlomm, Treffpunkt: Vor dem S-Bahnhof Griebnitzsee

**Di, 29. Mai · 18 Uhr:** *Gebrauchsanleitung für deutsche Medien. „Tagesschau: Die Unbegreiflichkeit der Welt in 15 Minuten“* mit Prof. Dr. van Rossum, Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg, Dortustr. 53

**Fr, 1. Juni · 14.30-17.30 Uhr:** *Kindertagsfeier* am Bürgerhaus „Sternzeichen“, Galileistraße 37/39

## Unvergesslicher Kämpfer für Gerechtigkeit: Dr. Hermann Turley

Ein großer Verlust für Potsdam und besonders für die Linke: Vor wenigen Tagen verstarb Dr. Hermann Turley 81-jährig. Mit ausdrucksstarken Fotos von allem, was ihn faszinierte, errang das langjährige Mitglied des Fotoclubs Potsdam öffentliche Anerkennung. In seiner künstlerischen Arbeit wie auch im politischen Wirken leitete ihn der Respekt vor der Menschenwürde. Als Vorsitzender des hiesigen Komitees für Gerechtigkeit wird er vielen gleichsam als hartnäckiger Initiator regelmäßiger Kundgebungen am Deserteursdenkmal für Frieden und soziale Gerechtigkeit unvergesslich bleiben.



**diskothek**  
**bluelight**  
potsdam

MUSIK UND MODERATION  
Hochzeiten, Geburtstage, Stadt- oder Kinderfeste,  
Firmen- oder Vereinsveranstaltungen,  
Tanz- und Strandpartys, Karneval u.v.a.m.

**0172 / 385 32 81**

**Deutsch-deutscher  
sicherheitspolitischer  
Dialog in den  
80er Jahren**

**Podiumsdiskussion**  
mit  
Brigadegeneral a.D.  
**Dr. Hermann Hagena** (Bonn),  
Brigadegeneral a.D.  
**Winfried Vogel** (Bad Breisig),  
Kapitän zur See a.D.  
**Prof. Dr. Wolfgang Scheler**  
(Dresden),  
und  
Oberst a.D.  
**Prof. Dr. Wilfried Schreiber**  
(Berlin).  
Moderation:  
**Heiner Bröckermann, M.A.**  
(Potsdam)

**am 8. Mai 2007  
um 18.00 Uhr in Potsdam  
Altes Rathaus-Potsdam Forum  
Am Alten Markt 1**

**Interessierte  
Gäste  
sind  
herzlich  
willkommen!**

**Rosa-  
Luxemburg-  
Stiftung**  
Brandenburg e.V.  
Dortustraße 53  
(Atrium)  
14467 Potsdam

**Karl Schirdewan  
zum 100.**

**Vortrag  
von  
Prof. Dr.  
Siegfried Prokop**

**Filmvorführung  
„Karl Schirdewan -  
wir sind ja so  
diszipliniert gewesen“**

**Sonntag  
am 13. Mai 2007  
um 11.00 Uhr in Potsdam  
Altes Rathaus-Potsdam Forum  
Am Alten Markt 1**

**Interessierte  
Gäste  
sind  
herzlich  
willkommen!**

**Rosa-  
Luxemburg-  
Stiftung**  
Brandenburg e.V.  
Dortustraße 53  
(Atrium)  
14467 Potsdam